

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 17 Halle (Saale), 10. September 1930 11. Jahrgang

Minister Schreiber spricht

In einer stark besuchten Versammlung der Deutschen Staatspartei in Berlin-Zehlendorf hat der preußische Handelsminister **Dr. Schreiber**, der zusammen mit der jungdeutschen Frauenführerin **Hanna Klostermüller** sprach, die politischen Grundlagen der Staatspartei in folgenden klaren und abgrenzenden Ausführungen dargelegt:

„Wir wollen vor allen Dingen auch die Kräfte mobilisieren, die bisher **abseits gestanden** haben und alle die sammeln, die es wirklich ernst meinen mit der Forderung, daß das Staatswohl allen Partei- und Berufsinteressen vorangehen muß.

Wir fragen also nicht, in welchen Lagern diejenigen bisher ihre politische Heimat fanden, die sich uns anschließen. Aber wir **lehnen den Sammlungsmischmasch ab**, den Herr Scholz anstrebt. Wir wollen kein politisch-geschäftlicher Zweckverband, sondern eine **Gesinnungsgemeinschaft** sein. Gewiß haben die alten Begriffe „liberal“ und „konservativ“ viel von ihrer Bedeutung verloren. Aber es gibt auch heute noch, genau so wie früher, verschiedenartige kulturelle und politische Grundanschauungen, die sich in ein und derselben Partei nicht vereinigen lassen. Der lahme Aufruf der Herren Scholz-Trevisanus in seiner völligen Bedeutungslosigkeit beweist das aufs deutlichste. Durch ein solches politisches Allerlei läßt sich die feste Grundlage nicht schaffen für jenen **positiven Aktivismus**, den wir ins Volk tragen wollen.

Wir fordern eine Kulturpolitik, die frei von jedem Muckertum den geistigen und gesellschaftlichen Entwicklungen unseres Volkes Rechnung trägt und den Begabten aus allen Volksschichten einen leichteren Aufstieg ermöglicht, als das heute der Fall ist. Wir unterstützen eine Außenpolitik, die eine eindeutige Politik des Friedens und der Verständigung für wertvoller hält als starke Worte, hinter denen keine Macht steht. Wir wünschen eine Wirtschaftspolitik, die der weltwirtschaftlichen Stellung Rechnung trägt, den Arbeitnehmer in seiner Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft voll anerkennt und ihm den sozialen Aufstieg ebnet. Wir verlangen endlich eine Reichsreform, bei der die Stärkung des Staatsbewußtseins und die Vereinfachung unserer Verwaltung im Vordergrund stehen, und nicht die ewige Rücksicht auf die unorganische Entwicklung



des zufälligen historischen Geschehens. In allen diesen Fragen glaube ich nicht, daß die Gruppen um Schiele, Mumm und Treviranus von gleichen Grundanschauungen ausgehen wie wir, und das gilt sicher auch von manchen jener Wanderer zwischen zwei politischen Welten, die Herr Scholz heute noch um sich vereint hat.“

Frisches Blut in die Politik

Von Dr. Josef Wünschuh (bisher Jungvolksparteiler)

Ein wichtiger Grundzug der Staatspartei ist ihr Wille, junge Menschen und frische Methoden in die Politik zu bringen. Junge Menschen — das heißt nicht, daß die Jugend mit der Elle der Jahre gemessen wird, daß man die Erfahrung und Autorität bewährter politischer Kämpfer und Gestalter nicht dabei haben wolle. Die Forderung, jüngeren Menschen in der Politik einen Platz und eine Aufgabe einzuräumen, wird durchaus im Sinne einer fruchtbaren Ergänzung gestellt. Daran ist doch wohl kein Zweifel, daß die alten Parteien vielfach von Honoratioren, die nicht mehr leistungsfähig sind, und von Routiniers, die in der parlamentarischen Taktik ausgelaugt und verbraucht wurden, stark durchsetzt sind.

Frische Methoden in der Politik — das ist keine bloße taktische Forderung, die gestellt wird, weil man sieht, daß mit den alten Parteimethoden weder ein junger und entschiedener Mensch noch ein ernsthafter Staatsbürger hinter dem Ofen der Gleichgültigkeit oder des Zweifels hervorzulocken ist. Was jetzt an neuen und jungen Kräften in die deutsche Politik eindringt und vor allem in der Staatspartei zur Mitarbeit und Verantwortung zugelassen wird, will aus innerer Ueberzeugung und einem Bedürfnis, das aus politischer Moral stammt, einen anderen Stil in der Politik.

Wie sieht dieser politische Stil aus? Einmal strebt die junge Generation danach, die Volksgemeinschaft schon in der Partei zu verwirklichen. Sie will keine Partei, die einseitige Interessenpartei ist, oder sich praktisch zu ihr auswächst, mögen das nun Wirtschafts- oder Arbeitnehmerinteressen sein. Mit solchen Parteien ist weder eine deutsche Staatspolitik zu machen, noch ein Staatsbürgertyp zu erziehen, der seine Sonderinteressen unterzuordnen vermag, und sein persönliches oder Berufsschicksal an das nationale Gesamtschicksal gebunden sieht.

Aus dem gleichen Grunde wollen diese neuen Kräfte in der Politik nicht, daß Ideen durch Interessen mißbraucht werden, wie das bisher in der Politik der alten Parteien so oft geschah. Interessen sind notwendig und müssen vertreten werden, aber es kommt auf die Einordnung dieser Interessen und die Art ihrer Vertretung an. Interessen sollen sich klar ansagen und nachweisen, daß ihre Würdigung notwendig ist, damit ein gesunder Ausgleich erfolgt und das Allgemeinwohl keinen Schaden leidet, weil ein wichtiges Glied vernachlässigt wird.

Wir sind ferner stark durchdrungen von dem Willen, die Politik verständlich und volkstümlich zu machen. Sie ist heute im Begriff, in ein Sammelsurium von Streitigkeiten und Problemen zu zerflattern, die kein normaler Staatsbürger mehr versteht. Die Politik ist gesund und leistet etwas für die Nation, die Staatsmänner in der Führung, aber Verständnis, Zustimmung und Instinkt eines Volkes hinter sich hat, das als Staatsvolk aufgerufen, aber nicht zersplittert und schwunglos als Gemenge von Interessengruppen eingespannt wird. Jedesmal war eine Politik gesund und schöpferisch, wenn Blut und Geist in ihr pulsierten, das Blut des Volkstums und der Geist befähigter Führer. Das war beim Freiherrn von Stein der Fall, der als erster den Staatsbürger formte und bei Bismarck, der einer geeinigten Nation ein machtvolles Reich als Wohnung gab.

Aus der gleichen Quelle strömt unsere Forderung nach der Reform des Wahlrechts und der Vereinfachung des Reichsaufbaus. Der Wähler will mit seinem parlamentarischen Führer verbunden sein, will ihn nicht durch eine Listendiktatur serviert erhalten. Wir wollen ferner einen Reichsaufbau, der einer geeinigten Nation würdig ist, nicht die Buntscheckigkeit und Undurchsichtigkeit des heutigen Reichshauses, das wie ein altes, unwohnliches Fachwerk in eine moderne Zeit ragt und mit seinen überspannten Kosten schwer auf dem Arbeits- und Wirtschaftsleben der Staatsbürger lastet.

Die deutsche Politik braucht diese neuen Kräfte und Methoden, wenn sie nicht erschlaffen will. Sie braucht daher eine starke Staatspartei, die diesen Kräften Spielraum gibt und sie an die Aufgaben heranführt, die zum Wohl von Volk, Staat und Wirtschaft gelöst werden müssen.

Nationalsozialistische Jugendverhetzung

Schüler mit Dolchen in der Wahlversammlung

Die Deutsche Staatspartei in Berlin hat allen Nichtwahlberechtigten den Besuch ihrer Versammlungen untersagt, weil die Störungstrupps der radikalen Gruppen, vor allem der Nationalsozialisten, zumeist aus Jugendlichen bestanden, die das wahlfähige Alter noch nicht erreicht hatten. Aehnliche Maßnahmen werden sich auch anderswo als nötig erweisen. In Stettin wurde vor kurzem festgestellt, daß die beiden Diskussionsredner, die dort in einer staatsparteilichen Versammlung von den Hitlerleuten herausgestellt wurden, noch nicht wahlberechtigt waren. In Potsdam versuchte dieser Tage ein nationalsozialistischer Trupp eine überfüllte Versammlung der Staatspartei, in der der jungdeutsche Vizekanzler Herrmann und die Reichstagskandidatin Frau Fisch sprachen, mit allen Mitteln zu stören. Als die Polizei einschritt, ergab sich, daß einige nationalsozialistische Teilnehmer über Waffen verfügten. An einem nationalsozialistischen Tisch, an dem drei Gymnasiasten saßen,

wurde ein Dolchmesser gefunden, daß man vergeblich beiseite bringen wollte. Andere Waffen, darunter ein Revolver, der bei den Nationalsozialisten gesehen war, hatten die Störenfriede aus der Hitlerpartei noch schnell entfernen können. Diese Verhetzung von Volk und Jugend ist eine Schmach für das politische Leben in Deutschland. Für die Beseitigung solcher unglaublichen Zustände kämpft der positive Aktivismus wie ihn die Deutsche Staatspartei vertritt.

Eine Partei für Parteilose?

Aus einem Prospekt: Die Partei der Idealisten, der politisch Unzufriedenen, wurde soeben in Stuttgart auf Anregung des Reformators Curt Hagen, unter der Bezeichnung I. B. D. (Idealistische Bewegung Deutschlands) gegründet. Dieselbe sammelt alle vom bisherigen Parteienwesen, vom Parlamentarismus Enttäuschten und an der Politik bisher nicht Interessierten. Ihre Parole lautet: Los vom Parteigoismus, Radikalismus, Materialismus, hin zum praktischen Idealismus.

Heil dem Reformator Curt Hagen!

Der 14. September ist Wahltag!

Mit ihm fällt die Entscheidung über
unser Schicksal!

Jeder wählt Liste 6

Landeshauptmann Dr. Hübener
Lehrer Müller-Eisleben

Mit frischem Mut
zu frischer Tat

Die Staatspartei
erneut den Staat!

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 17 Halle (Saale), 10. September 1930 11. Jahrgang

Minister Schreiber spricht

In einer stark besuchten Versammlung der Deutschen Staatspartei in Berlin-Zehlendorf hat der preußische Handelsminister **Dr. Schreiber**, der zusammen mit der jungdeutschen Frauenführerin **Hanna Klostermüller** sprach, die politischen Grundlagen der Staatspartei in folgenden klaren und abgrenzenden Ausführungen dargelegt:

Wir wollen vor allen Dingen auch die Kräfte mobilisieren,

die sammeln, die
daß das Staatswohl
muß.

diejenigen bisher
anschließen. Aber
den Herr Scholz
er Zweckverband,
Gewiß haben die
iel von ihrer Be-
sch, genau so wie
politische Grund-
Partei nicht ver-
Scholz-Treviranus
as aufs deutlichste.
die feste Grund-
vismus, den wir

on jedem Mucker-
rücklungen unseres
aus allen Volks-
nt, als das heute
olitik, die eine ein-
ndigung für wert-
eine Macht steht.
er weltwirtschaft-
mer in seiner Be-
nerkennt und ihm
dlich eine Reichs-
ußtseins und die
grund stehen, und
sche Entwicklung

